

Bericht

über die Teilnahme der Delegierten des Bundestages
an der zweiten Tagung der Beratenden Versammlung
des Europarates
vom 7. bis 28. August 1950

A. Sekretariat:

Das Sekretariat der Deutschen Delegierten in der Beratenden Versammlung des Europarates hat seine Tätigkeit am 29. Juli mit einem Vorkommando begonnen. Im Laufe der Tagung sind die weiteren Mitglieder des Sekretariats eingetroffen. In seiner vollen Besetzung bestand es aus: dem Leiter, einem Bürochef, einem Kassenbeamten, 4 Sekretärinnen, 2 Dolmetschern, 1 Übersetzerin und 1 Fahrer.

Das Sekretariat mußte auf 2 voneinander getrennte Büroräume verteilt werden, was die Arbeit erschwert hat. Neben einem im Gebäude des Europarates uns zur Verfügung gestellten Raum wurde in dem benachbarten Restaurant Baeckehiesel ein Gartensaal gemietet, der als Sitzungssaal für die Delegierten und als Arbeitsraum für einen Teil des Sekretariats benutzt wurde. Auf gemeinsamen Beschluß wurde für alle mit dem Sekretariat zusammenhängenden Fragen ein kleiner Ausschuß gebildet, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Pünder, Schütz, Dr. Mommer und Dr. Pfeiderer. Der Personalbestand, den das Sekretariat am Ende der Tagung hatte, dürfte nach den inzwischen gemachten Erfahrungen auch für eine kommende Konferenz genügen. Nur der Bestand an Schreibkräften hat sich als zu knapp erwiesen.

Die 3 Dolmetscher und Übersetzer sowie eine Sekretärin haben Straßburg am 30. August verlassen. Der Rest des Stabes ist am 2. September, nachdem die Geschäfte des Sekretariats abgewickelt waren, zur Entlassung gekommen.

Über die entstandenen Kosten wird noch detaillierter Bericht vorgelegt werden. Schon heute ist aber ein klarer Überblick möglich. Die Ausgaben verteilen sich in runden Summen wie folgt:

Tagegelder für Abgeordnete und Fahrer	Ffrs. 3 500 000
Tagegelder für das Sekretariat	„ 786 000
Sachausgaben des Sekretariats	„ 213 000
Repräsentationskosten	„ 100 000
	<hr/>
	Ffrs. 4 599 000

Dies entspricht einem Betrag von rd. 55 000 DM. Der verbleibende verhältnismäßig große Rest des der Delegation überwiesenen Betrages befindet sich vorerst auf einem Konto beim Crédit Lyonnais in Straßburg, über das der Leiter des Sekretariats nur in Verbindung mit einem der Abgeordneten Dr. Pünder, Dr. Pfeleiderer und Erler verfügen kann.

B. Die Delegierten:

Die Delegierten trafen im Laufe des Sonntags, des 6. August, in Straßburg ein, mit Ausnahme des Abgeordneten Ritzel, der infolge Erkrankung erst gegen das Ende der Tagung an der Konferenz teilnehmen konnte. Auf der ersten Sitzung der Delegierten am Nachmittag des 6. August wurde einstimmig beschlossen, den Abgeordneten Dr. Pünder zum „Sprecher“ der Delegierten zu bestellen. Es bestand jedoch Einverständnis darüber, daß es sich hierbei im wesentlichen nur um eine Art technischer Aufgabe handelte, nämlich um den Vorsitz bei gemeinsamen Beratungen und der Ausführung dabei gefaßter Beschlüsse. Eine Delegation im politischen Sinne des Wortes bestand nicht. Am 6. August wurde ferner Beschluß gefaßt über die Höhe der Tagegelder der Delegierten. Aufgrund des vorgelegten Vergleichsmaterials und im Hinblick auf die Preisverhältnisse in Straßburg wurde einstimmig ein Tagessatz von 5000 Franken für angemessen erachtet. Dieser Satz liegt ungefähr auf der Höhe der anderen Delegierten gewährten Tagegelder und nicht unerheblich unter den Tagegeldern, die den Delegierten anderer Staaten zugebilligt wurden (z. B. Italien). Mit der Regelung aller übrigen finanziellen Fragen wurde unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Pünder die eingangs erwähnte Unterkommision betraut.

Sowohl die „Delegation“ wie die Fraktionen haben sich während der Konferenz laufend zu Besprechungen zusammengefunden, auf denen die jeweils aktuellen Fragen der Konferenz besprochen wurden. Auch wurden regelmäßig, fast täglich, Pressekonferenzen

abgehalten. Gegenstand von Beschlüssen gemeinsamer Sitzungen waren u. a. eine grundsätzliche Entscheidung über die Begrüßungsansprache des Abg. Dr. Pünder, die Richtlinien über die Mitarbeit in den Kommissionen, die Verteilung der deutschen Delegierten auf die Kommissionen, der deutsche Vorschlag für einen Vizepräsidenten der Versammlung, die Beteiligung an den Vorarbeiten für die Resolution AS (2) 35 betreffend die Schaffung eines europäischen Bundespaktes, die Schaffung eines Repräsentationsfonds anstelle des ursprünglich vorgesehenen Empfangs u. a. m.

Vertreter aller Parteien haben unter der dankenswerten Führung des Straßburger Hafendirektors den Straßburger und den Kehler Hafen eingehend besichtigt und an einer Besprechung beim Bürgermeister des deutschen Teils von Kehl teilgenommen. Ferner waren die Delegierten nicht nur zu offiziellen Empfängen verschiedener Delegationen, sondern auch zu zahlreichen persönlichen Veranstaltungen politischen Charakters eingeladen, wie z. B. bereits in der ersten Woche zu einem Abendessen bei Winston Churchill, zu dem Vertreter aller 4 in Straßburg vertretenen deutschen Parteien geladen waren.

Von einem eigenen gesellschaftlichen Empfang wurde mit Rücksicht auf die allseitig für zweckmäßig gehaltene Zurückhaltung der deutschen Delegierten und auch die damit verbundenen erheblichen Kosten dieses Mal abgesehen. Stattdessen wurde ein gewisser Betrag auf die Fraktionen aufgeteilt. So haben die Delegierten der SPD und der CDU ihren internationalen politischen Freunden je einen kleinen Empfang gegeben, dessen Kosten auf den genannten Fonds übernommen wurden.

C. Verlauf der Konferenz:

Die zweite Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats wurde am 7. August um 14 Uhr durch den Alterspräsidenten, den italienischen Abgeordneten Boggiano Pico eröffnet. Alsdann wurde der Präsident der letzten Versammlung Spaak nach lebhafter Debatte mit 29 gegen 23 Stimmen wieder gewählt. Die anschließende Wahl der 4 Vizepräsidenten ergab die Wiederwahl der Delegierten de Monthon, Lord Layton, Jacini und Gjöres.

Präsident Spaak begrüßte die neuen Mitglieder des Europarats: Deutschland, das Saargebiet und Island. Der Sprecher der deutschen Delegation, Abg. Dr. Pünder, dankte im Namen des ganzen deutschen Volkes und sagte aktive Mitarbeit der deutschen Delegierten, die vom Parlament gewählt seien, zu.

Der Bericht über die Botschaft des Ministerrats gab Anlaß zu einer politischen Debatte über das Verhältnis der Versammlung zum Ministerrat. Diese Debatte wurde in 6 Vollsitzungen fortgesetzt und mit der Erwidernng des Vorsitzenden des Ministerrats Macbride abgeschlossen. Im Laufe der Debatte konzentrierte sich das Schwergewicht auf die Resolution Churchill (AS (2) 47), die nach einer gewissen Umredigierung durch eine Sonderkommission der Versammlung zur Abstimmung vorgelegt und mit 89 gegen fünf Stimmen bei 27 Enthaltungen angenommen wurde. Bei Stimm-enthaltung der SPD stimmten die anderen deutschen Delegierten dieser Resolution zu.

Auf der Nachmittagssitzung des 10. August berichtete Außenminister Robert Schuman über den Schuman-Plan. Die weitere Beratung des Schuman-Planes wurde in die spätere Debatte über den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft überwiesen.

In der Sitzung des 11. August wurden die Ausschüsse konstituiert. Dem Eintritt der neuen Mitglieder des Europarats wurde dadurch Rechnung getragen, daß die Ausschüsse um 3 oder 4 Sitze vermehrt wurden. Gemäß einstimmigem Beschluß der deutschen Delegierten wurden die deutschen Sitze in den Ausschüssen wie folgt verteilt (Stellvertreter in Klammern):

Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten:

Dr. Gerstenmaier (Gerns)
Ollenhauer (Dr. Mommer)
Dr. Schäfer (Dr. Freiherr von Rechenberg)

U n t e r k o m m i s s i o n S t a t u t:
Ollenhauer (Dr. Mommer)

U n t e r k o m m i s s i o n S i c h e r -
h e i t:

Dr. Gerstenmaier (Gerns)
Dr. Freiherr von Rechenberg
(Dr. Reif)

U n t e r k o m m i s s i o n f ü r
ü b e r s e e i s c h e G e b i e t e:

nicht besetzt

Ausschuß für Geschäftsordnung:

Fürst Fugger von Glött (Frau Dr. Weber [Essen])
Ritzel (Paul [Württemberg])
Dr. Schäfer (Dr. Pfeleiderer)

Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten:

Dr. Mühlenfeld (Dr. von Campe)
Dr. Nölting (Kalbitzer)
Dr. Pünder (Dr. Semler)

Unterausschuß Finanzen
Dr. Semler

Unterausschuß Landwirtschaft:
Dr. Mühlenfeld (Dr. von Campe)

Unterausschuß Vollbeschäftigung:
Dr. Nölting (Kalbitzer)

Unterausschuß Verkehr und öffentliche Arbeit:
nicht besetzt

Ausschuß für soziale Fragen:

Dr. Gerstenmaier (Frau Dr. Weber [Essen])
Frau Schroeder [Berlin], (Frau Krahnstöver)
Schütz (Junglas)

Unterausschuß für Flüchtlingsfragen, gebildet aus
Ausschuß für soziale Fragen
und Rechtsausschuß:
Kiesinger (Dr. von Golitschek)

Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen:

Frau Dr. Rehling (Dr. Edert)
Dr. Schmid [Tübingen], (Erler)
Eichler (Altmaier)

Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen:

Dr. Becker [Hersfeld], (Dr. von Golitschek)
Eichler (Altmaier)
Kiesinger (Dr. Dr. Lehr)

Unterkommission Kooperations-
ration:
unbesetzt

Unterkommission für
Flüchtlingsfragen:
siehe Ausschuß für soziale Fragen

Die Vollsitzungen vom 14. bis 19. August befaßten sich mit der Entgegennahme der Berichte, die die Ausschüsse in Durchführung der ihnen von der letzten Vollversammlung erteilten Aufträge abgefaßt hatten, nämlich:

des Berichts des **Rechts- und Verwaltungsausschusses**
(in erster Linie betreffend die Convention zum Schutz der Menschenrechte)

Berichterstatter: Sir Maxwell Fyfe;

des Berichts des **Wirtschaftsausschusses**

Berichterstatter: Eccles;

des Berichts des **Ausschusses für Geschäftsordnung**

Berichterstatter: de Felice;

des Berichts des Ausschusses für **Allgemeine Angelegenheiten**

Berichterstatter: Guy Mollet;

des Berichts des **Ausschusses für soziale Fragen**

Berichterstatter: Heyman.

Der Entwurf der von dem Ausschuß für Geschäftsordnung ausgearbeiteten neuen Geschäftsordnung wurde von der Versammlung mit 79 gegen 9 Stimmen angenommen, der Bericht des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten und die in ihm enthaltenen Empfehlungen mit 94 Stimmen bei 12 Enthaltungen.

Die übrigen Berichte wurden in die Kommissionen zurückverwiesen. Dasselbe geschah mit den zahlreichen Anträgen, die vor allem zum Bericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten und zum Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Fragen eingegangen waren, darunter auch der von zahlreichen deutschen Delegierten aller vier in Straßburg vertretenen Fraktionen unterstützte Antrag AS (2) 35 betreffend die Schaffung eines europäischen Bundespaktes. Von dieser Übung wurde lediglich im Falle des oben bereits erwähnten Antrages Churchill betreffend die europäische Verteidigung abgewichen.

In der Nachmittagssitzung des 19. August wurden die beiden weiteren Vizepräsidenten gewählt, nämlich Dr. von Brentano und der Türke Uergüplü.

In der Zeit vom 19. bis 24. August fanden keine Vollsitzungen statt, um den Ausschüssen die Möglichkeit zu geben, ihre Berichte für die Vollversammlung auszuarbeiten.

Der Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten (Vorsitzender Bidault, Stellvertreter Ohlin, Berichterstatter Mollet) bildete drei Unterausschüsse, nämlich die Unterausschüsse für Sicherheit, Statut und die überseeischen Gebiete. Die Ergebnisse dieser Kommission sind in dem Bericht der Kommission AS (2) 107 enthalten.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Fragen (Vorsitzender Reynaud, Stellvertreter Steophanopoulos) teilte die Aufgaben des Berichterstatters unter André Philip (Beziehungen zur O.E.E.C. und internationale Kartelle), Dalton (Vollbeschäftigung) und Motz (Europäische Briefmarke). Es wurden fünf Unterkommissionen eingesetzt, nämlich für Finanzen und Wirtschaftsverkehr, Industrie, Landwirtschaftliche Versorgung, Vollbeschäftigung, Verkehr und öffentliche Arbeiten. Die Ergebnisse der Kommission sind in dem Bericht des Ausschusses AS (2) 94 enthalten.

Der Ausschuß für soziale Fragen (Vorsitzender Serrarens, Stellvertreter Champion, Berichterstatter Heyman) konstituierte auf Grund des von der Vollversammlung angenommenen Antrages AS

(2) 23 auf Schaffung einer Sonderkommission für Europäische Flüchtlinge im Zusammenwirken mit dem Ausschuß für Rechtsfragen, in welchen der erwähnte Antrag von der Vollversammlung verwiesen worden war, einen Gemischten Ausschuß für Flüchtlingsfragen, bestehend aus fünf Mitgliedern des Ausschusses für soziale Fragen, nämlich Champion, Schütz, Pezet, Montini, Lagacos und fünf Mitgliedern des Rechtsausschusses, nämlich Pernet, de la Vallé-Poussin, Foster, Kiesinger (v. Golitschek), Lanung. Die Ergebnisse dieses Ausschusses sind in dem Bericht AS (2) 102 enthalten.

Im übrigen hat sich der Ausschuß für soziale Fragen mit der Schaffung eines Europäischen Gesetzessystems der sozialen Sicherheit und mit dem Wohnungsbau befaßt. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind in dem Bericht und der Empfehlung AS (2) 97 enthalten. Der Ausschuß für kulturelle Fragen (Vorsitzender Casati, Stellvertreter Smitt-Ingebretsen, Berichterstatter Larock) hat die Ergebnisse seiner Arbeit in dem Bericht AS (2) 83 niedergelegt. Der Ausschuß für Geschäftsordnung (Vorsitzender von Cauwelaert, Stellvertreter Bevenuti, Berichterstatter de Felice) beschloß, eine Unterkommission von 7 Mitgliedern einzusetzen, um die Frage einer Revision des Art. 51 der Geschäftsordnung betreffend die Immunität zu prüfen. Im übrigen sind die Ergebnisse der Kommission in dem Bericht AS (2) 98 enthalten.

Der Ausschuß für Rechtsfragen (Vorsitzender Sir David Maxwell Fyfe, Stellvertreter Azara, Berichterstatter Teitgen) hatte sich in erster Linie zur Aufgabe gemacht, eine Definition des Eigentums, des Elternrechts und des Rechts auf freie Wahl im Rahmen der Convention der Menschenrechte zu finden. Die Ergebnisse sind in dem Bericht AS (2) 93 enthalten.

Die Vollversammlungen wurden am 24. August wieder aufgenommen und bis zum 28. August durchgeführt. Die Berichte und Empfehlungen der Ausschüsse wurden zur Abstimmung gebracht. Der Bericht und die Empfehlungen des Ausschusses für soziale Fragen AS (2) 81 und 97 wurden in namentlichen Abstimmungen angenommen, ebenso der Bericht und die Empfehlungen des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen. Der Entwurf über die Convention der Menschenrechte wurde in der Sitzung des 25. August einstimmig angenommen, ebenso die Empfehlung dieses Ausschusses betreffend die gleichmäßige Behandlung von Staatsangehörigen der Mitgliedsstaaten des Europarats (AS (2) 96).

Die Versammlung hat dann in den Sitzungen des 25. und 26. August folgende Empfehlungen des Ausschusses für wirtschaftliche Fragen angenommen:

AS (2) 94 betr. Vollbeschäftigung

91 betr. Koordinierung des Europäischen Verkehrs

92 betr. Europäische Gesellschaften

86 betr. landwirtschaftliche Politik

87 betr. Beziehungen zur O.E.E.C.

88 betr. Fischerei in der Nordsee

89 betr. Tabakmonopol

90 betr. Verbindung des Schumanplans mit dem
Europarat

95 betr. Doppelbesteuerung.

Ein in der Vollversammlung eingereichter Zusatzantrag Mac Millan zu dem Antrag AS (2) 90 (betreffend Schumanplan) wurde angenommen (66 gegen 19 Stimmen). Die Abgeordneten der SPD haben sich der Stimme enthalten. Die anderen deutschen Abgeordneten haben für den Antrag gestimmt. Dieser Zusatzantrag sieht vor, daß die beteiligten Regierungen einen neuen Versuch unternehmen, um eine Grundlage zu finden, allen europäischen Produktionsländern die Möglichkeit der Teilnahme an dem Schumanplan zu geben. Die Annahme dieses Zusatzantrages erfolgte, nachdem Mac Millan den zweiten Teil seines Antrages, der ausdrücklich eine Einbeziehung des Schumanplanes in den Rahmen des Europarats vorsah, fallen gelassen hatte.

Der Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung AS (2) 98 wurde in der Sitzung am 26. August angenommen, ebenso wurde die Empfehlung und die Resolution der Unterkommision für Flüchtlingsfragen AS (2) 102 einstimmig angenommen.

Die Versammlung am 26. August befaßte sich noch mit einem Vorschlag des Büros betreffend die Konstituierung des Ständigen Ausschusses AS (2) PW 18. Der Vorschlag des Büros wurde angenommen.

Die letzte Sitzung der Vollversammlung am 28. August war dem Bericht des Ausschusses für allgemeine Fragen AS (2) 107 gewidmet. Eingeleitet wurde die Sitzung durch den englischen Abgeordneten Edelmann, der der Versammlung die Annahme der Friedensdeklaration AS (2) PW 21 vorschlug. Die Deklaration wurde mit 82 gegen 3 Stimmen angenommen. Der Bericht des Ausschusses für allgemeine Fragen führte zu einer lebhaften Debatte, in der die Befürworter einer europäischen Teilföderation beim Fernbleiben eines Teils der europäischen Staaten in der Minderheit blieben. Sowohl der Entwurf einer Antwort an den Ministerrat, als auch die von den Kommissionen formulierten Anträge betreffend einen engeren politischen Zusammenschluß wurden in Einzelabstimmungen angenommen. Ein Zusatzantrag von Reynaud zu AS (2) 107, II c 5 (Ergänzung des Statuts) wurde angenommen. Der Zusatzantrag beauftragt den Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten, auf eine Aufhebung des Vetorechts im Ministerrat zu dringen.

Eine Doppelkandidatur um den im Ständigen Ausschuß für einen französischen Vertreter noch offenen Sitz zwischen André Philip und Guy Mollet wurde von der Versammlung durch Abstimmung entschieden. Hierbei erhielten Guy Mollet 57, André Philip 29 Stimmen. Die übrigen Vorschläge für den Ständigen Ausschuß wurden von der Versammlung angenommen. Die drei deutschen Sitze wurden besetzt von: Dr. von Brentano (Dr. Pünder), Dr. Lütkens (Birkelbach), Dr. Schäfer (Dr. Pfeleiderer).

Der Präsident schloß die Versammlung mit der Erklärung, daß sie lediglich unterbrochen sei und ihre Arbeit zu einem von dem Ständigen Ausschuß zu bestimmenden Termin noch in diesem Jahre wiederaufnehmen werde.

Am 29. August hat schließlich der von der Versammlung eingesetzte Ständige Ausschuß seine erste Sitzung abgehalten. Er gab dem Generalsekretariat auf Vorschlag von Sir Maxwell Fyfe den Auftrag, die sechs Vertreter der Versammlung in der Gemischten Kommission, deren weitere fünf Mitglieder vom Ministerrat bestimmt werden, nach folgendem Modus auszuwählen:

- 2 Vertreter aus dem Kreise der Vizepräsidenten,
- 2 Vertreter aus dem Kreise der Ausschußvorsitzenden,
- 2 Vertreter aus dem Ständigen Ausschuß.

Dementsprechend sind, abgesehen von dem Präsidenten der Versammlung, der ex officio einen Sitz in dem Gemischten Ausschuß hat, folgende Delegierte in den Gemischten Ausschuß gewählt worden:

Dr. v. Brentano (Dr. Pünder)

Lord Layton,

Bidault,

Maxwell Fyfe,

Mercouris (Griechenland),

Moe (Norwegen).

B o n n , den 22. September 1950

Dr. Hermann Pünder

Mitglied des Bundestages

Dr. Georg Federer

Sekretär der deutschen Delegierten